

## Für einen Neustart in der Partei

Antragssteller\*innen: Christian Leye, Jules El-Khatib, Sonja Neuhaus, Lukas Schön, Igor Gvozden, Amid Rabieh, Fotis Matentzoglou, Caro Butterwegge, Katja Heyn, Hans Decruppe, Britta Pitsch, Frank Kemper, Ulrike Eifler, Hanno von Raußendorf, Dana Moriße, Nina Eumann, Christiane Tenbenschel, Ezgi Güyildar, Manuel Huff

Die letzten Jahre waren geprägt von Strategiedebatten und Richtungsauseinandersetzungen in unserer Partei: „Wie soll sich Die Linke positionieren zwischen sich verschärfenden Krisen im Kapitalismus und einer erstarkenden Rechten?“ war das Thema der Debatten. Diskutiert wurden diese grundsätzlichen Fragen zu oft öffentlich, persönlich verletzend und auf der Folie eines Machtkampfes in der Partei. In der Folge haben wir es als Partei nicht geschafft, gemeinsame und stimmige Antworten auf die drängenden Strategiefragen zu entwickeln. Gleichzeitig haben die Richtungsauseinandersetzungen zu teils tiefen Brüchen geführt. Die Folgen sind bis heute auf Bundes-, Landes-, und Kreisebene zu spüren.

Dies betrifft auch den Landesverband DIE LINKE. NRW. Die Konflikte der Gesamtpartei wurden auf Landesebene in voller Härte und oft sehr kleinteilig ausgetragen. Das ist umso bedauerlicher, als es bei einer schlaun und wohlmeinenden Konfliktbearbeitung möglich gewesen wäre, die vielen politischen Gemeinsamkeiten und geteilten Überzeugungen unserer sozialistischen Partei in den Vordergrund zu stellen und zugleich unsere unterschiedlichen Zugänge zu potenziellen Bündnispartnern als Stärke unserer Partei zu nutzen. Darauf haben zentrale Akteure leider verzichtet - mit negativen Folgen für den gesamten Landesverband. So wurde linke Politik in NRW geschwächt, statt sie zu stärken.

Dies darf in Zukunft so nicht weitergehen; wir müssen unserer politischen Verantwortung als Landesverband gerecht werden. DIE LINKE. NRW ist inzwischen der größte Landesverband unserer Partei mit über 8 700 Mitgliedern. Unsere Arbeit im bevölkerungsreichsten Bundesland ist entscheidend; sowohl vor Ort als auch für den politischen Erfolg der Gesamtpartei, etwa bei Bundestags- oder Europawahlen. Für uns heißt das: Um den Landesverband zu stärken, müssen wir zu neuen Formen des innerparteilichen Miteinanders kommen, welche die unterschiedlichen und verschiedenen Sichtweisen in unserem Landesverband zusammenführt. Konkret heißt das, die gemeinsamen politischen Überzeugungen nach vorne zu stellen, um strömungsübergreifend eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Für LINKE gibt es in diesen Tagen mehr als genug politische Gegner, und keiner davon steht in der eigenen Partei.

Im Umkehrschluss bedeutet dies nicht, dass es keine inhaltlichen und kontroversen Debatten geben darf oder soll. Im Gegenteil: Politische Diskussionen sind für eine sozialistische Partei notwendig, insbesondere um in Krisensituationen einen gemeinsamen Kurs festzulegen. Aber diese Debatten sollten eben nicht mehr wie in den vergangenen Jahre geführt werden. Wo komplexe Fragestellungen im Rahmen von innerparteilichen Strömungskämpfen diskutiert werden, da reduziert sich der Austausch oft auf die Frage: Für welche Seite war dieses Argument nun ein Punkt? Echte inhaltliche, politische Diskussionen über die Ausrichtung unseres Landesverbandes werden in solch einem Klima unterbunden. Sie zuzulassen und zu ermöglichen, muss ein Ziel sein.

Stimmige und vermittelbare Antworten zu finden, ist dabei kein Selbstzweck für unseren Landesverband. Die dringendste organisatorische Aufgabe des nächsten Landesvorstandes wird es sein, den Boden für den Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen zu bereiten. Die Frage des Einzuges in den Landtag im bevölkerungsreichsten Bundesland ist für eine tiefere Verankerung der Partei und für linke Politik im Allgemeinen von zentraler Bedeutung. Diese Aufgaben gilt es unmittelbar nach dem Landessparteitag vorzubereiten

Zu diskutieren gibt es dabei vieles. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung steckt in Deutschland seit Jahren in einer multiplen Krise. Die Schere zwischen den Klassen und Klassenfraktionen geht immer weiter auseinander; zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit häufte die besitzende Klasse einen absurden Reichtum an. Dies gelang mit der aktiven Unterstützung durch die herrschende Politik, die in verschiedenen Politikfeldern die Interessen des Kapitals bedient. Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und das Damoklesschwert des Hartz IV-Regimes waren der zentrale Generalangriff auf breite Teile der Lohnstruktur. Betroffen sind nicht nur die Menschen, die zum Sozialamt müssen und jene, die in die miesen Jobs gezwungen werden, sondern oft genug auch Facharbeiter\*innen und die so genannten Mittelschichten, Corona-bedingt zuletzt zunehmend auch Soloselbständige ebenso wie Kulturschaffende. Eine Folge der wachsenden Ungleichheit und des Abbaus des Sozialstaates war das Erstarken der Rechtspopulisten und eine Legitimationskrise mit Auswirkungen auf die ehemaligen Volksparteien.

Diese gespaltene Gesellschaft muss nun mit einer globalen Pandemie umgehen. Das Corona-Virus trifft dabei insbesondere die Schwächsten in der Gesellschaft und wirft ein Schlaglicht auf die vielen Fehlentwicklungen und Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft: Corona-Hotspots bei den Arbeitssklaven in der Fleischindustrie; Arme, die ein 84 Prozent höheres Risiko auf einen schweren Verlauf von Covid-19 haben; privatisierte und kaputt-rationalisierte öffentliche Gesundheits- und Pflegesysteme; ein ungerechtes und unterfinanziertes Bildungssystem; Kommunen am Rande des finanziellen Zusammenbruchs – und extrem Reiche, die wieder versuchen, aus einer Krise ein Geschäftsmodell zu machen.

Im Zuge der Pandemie bahnt sich die bisher schwerste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik an. Das Bruttoinlandsprodukt fiel bereits um über 10 Prozent; so stark wie noch nie in der Geschichte der BRD. Sowohl die Produktion als auch die private Nachfrage brachen in Teilen ein und die privaten Investitionen schrumpften. Das exportorientierte Wirtschaftsmodell Deutschlands und auch Nordrhein-Westfalens ist in relevanten Teilen auf den Verkauf von Produktionsmitteln angewiesen, die von den Investitionstätigkeiten im Ausland und damit von einer stabilen weltwirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind. Die zum Erliegen gekommenen Exporte sind ein Vorgeschmack darauf, was der Wirtschaft in den nächsten Monaten drohen könnte. In der Folge nähert sich alleine in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Erwerbslosen der Millionen-Marke; insbesondere bei jungen Menschen und solchen mit Migrationshintergrund sind die Zuwächse groß. Gleichzeitig kämpfen tausende von Soloselbständigen und Familienbetriebe um ihr wirtschaftliches Überleben. Dies wird sich – auch wenn es keine zweite Infektionswelle geben sollte – mit dem Brexit noch einmal verschärfen: Gerade die NRW-Wirtschaft ist auf funktionierende Handelsbeziehungen zu Großbritannien angewiesen. Besonders betroffen von der Krise sind Migrantinnen und Migranten: durch Erwerbslosigkeit, von Kurzarbeit und von rassistischen Mythen, die in der Krise von Rechts geschürt werden. Für uns als Linke ist dabei klar, dass wir niemals stumm bleiben dürfen, wenn Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete zu Sündenböcken gemacht werden.

Die so genannten Rettungspakete von Bundes- und Landesregierung haben einen klaren Klassencharakter und vergrößern die soziale Ungleichheit. Für die Rettung von großen Unternehmen und Konzernen wurden insgesamt 600 Milliarden Euro vom Bund zur Verfügung gestellt. Die Lufthansa, die am Markt noch vier Milliarden Euro Wert hatte, wurde so mit satten 9 Milliarden gerettet, ohne dass der Staat den Laden und damit die soziale Verantwortung übernommen hätte. Für den Mittelstand gab es noch 50 Milliarden Euro in Form von Krediten, die nur für die Betriebsausgaben zur Verfügung standen und teilweise bereits jetzt zurückgefordert werden. Für Arbeiterinnen und Arbeiter gab es im Zweifel 67 Prozent des Lohnes durch Kurzarbeitergeld, das aber erst ab Dezember auf 87 Prozent erhöht werden wird. Für die Ärmsten dagegen hat es trotz steigender Ausgaben keinen einzigen Cent drauf gegeben in der Krise. Gleichzeitig sind die öffentlichen Kassen nach den Steuergeschenken an die Superreichen seit

Jahren geleert. Insbesondere die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zahlen dafür einen bitteren Preis und stehen finanziell in der Corona-Krise vor dem Abgrund.

Hinzu kommt, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise unser Ökosystem weltweit an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat. Die politische Auseinandersetzung um das Klima ist dabei eines der beherrschenden Themen der kommenden Jahrzehnte. Mit dem Hambacher Wald und dem Rheinischen Braunkohlerevier liegen zwei wesentliche Kristallisationspunkte dieses Kampfes in NRW. Der LINKEN ist es in Nordrhein-Westfalen gelungen, sich in den vergangenen Jahren auch als Partei mit klarem Klima-Profil zu positionieren. Wir haben dabei insbesondere die Aufgabe, bei den notwendigen, tiefgreifenden Veränderungen dafür zu streiten, dass die Kosten des Umbaus vom Kapital getragen werden, dass die Hauptverantwortung für die Klimakatastrophe trägt. In keinem Fall dürfen sie zu Lasten der Menschen gehen, die jetzt schon zu wenig haben der die kämpfen müssen, um nicht abzurutschen. Nur wenn uns das gelingt, werden sich auf Dauer auch Mehrheiten für die notwendige Veränderung organisieren lassen.

Die Antwort auf die Krise wird dabei neben sozialen Verwerfungen auch andere Kämpfe befeuern. So ist schon heute sichtbar, dass im Rahmen der mit der Pandemie einhergehenden Abschottung die Geflüchteten auf den griechischen Inseln zu den ersten gehörten, die die europäischen Regierungen im Stich liessen. Wir stehen daher an der Seite von Bewegungen wie der Seebrücke. Auch die Bewegung gegen rassistische Polizeigewalt, die sich in Black Lives Matter materialisierte, zeigt Zusammenhänge zur aktuellen Coronakrise, von der in den USA vor allem Nicht-Weiße betroffen sind. Diese Bewegung verdeutlicht dabei auch in Deutschland die Notwendigkeit von unabhängigen Untersuchungsbehörden für Polizeigewalt, sowie dem Schutz von Migrantinnen und Migranten in besonders schlechten Arbeitsverhältnissen und die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsgesetzen.

Für uns als Landesverband bedeutet das: Die soziale Frage in all ihren Facetten kommt mit aller Macht auf die politische Tagesordnung. Wem wird geholfen und wessen Not wird ignoriert; zu welchen Konditionen werden Unternehmen gerettet; wird die öffentliche und soziale Infrastruktur gestärkt; wem werden bei den Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung die Kosten aufgedrückt und wer zahlt die Zeche für die Krise; das sind die Fragestellungen, die bereits jetzt breit diskutiert werden. Dies ist das politische Spielfeld, auf dem wir mehr als auf jedem anderen eine hohe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung haben, auf dem wir besondere Kompetenzen und viele, weitgehende Antworten auf die verschiedenen Fragestellungen haben. Wir müssen als sozialistische Partei bereit sein, unsere politische Rolle in der Krise des Systems auszufüllen. Dafür brauchen wir all unsere Stärken: Wir brauchen konkrete und kleinteilige Antworten auf die unterschiedlichen Probleme der Menschen in NRW, genau so wie wir Ansätze brauchen, die tief in die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse eingreifen und neue Perspektiven für unser Zusammenleben aufzeigen.

Pluralismus leben bedeutet für uns als Partei daher nicht politische Beliebigkeit, sondern gemeinsam Schwerpunkte auszuarbeiten, Bewegungen zu unterstützen und unterschiedliche Fokussierungen zu ermöglichen, um aus der Vielfalt stärker zu werden. Insbesondere im Kontext der wirtschaftlichen Verwerfungen ist es unsere Aufgabe, Politik zu entwerfen mit Blick auf den ärmsten und ausgegrenzten Teil der Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse, zu denen vor allem Migrant\*innen und Frauen gehören und Solidarität zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiter\*innenklasse zu organisieren. Das wollen wir im Parlament und außerhalb tun, mit unseren Partnerinnen in den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften. Für uns ist auch klar: wir sind und bleiben dabei unbequem und als Teil des Protestes auf der Straße.

Das kann nur eine Partei, die Zusammenhalt vorlebt und Solidarität groß schreibt. Die ihre inneren Widersprüche nutzt, um in einer widersprüchlichen Gesellschaft in der Krise grundlegende

Alternativen breit zu diskutieren. Eine Partei, in der der Rückhalt durch die eigenen Leute so groß ist, dass sie ihre Mitglieder ermutigt, sich mit den Herrschenden und Besitzenden anzulegen. Wo es einen Raum gibt, gemeinsam politische Debatten zu führen und wo sich die plausibelste Position durchsetzt, weil sie allen nutzt und nicht nur einer Strömung. Und nicht zuletzt: wo Politik Spaß macht und es einen sozialen Zusammenhalt gibt, der für das Leben der Mitglieder eine Bereicherung ist.